

Caroni verzichtet auf Kandidatur für den Bundesrat

Kandidatenkarussell Der 38-jährige Ausserrhoder FDP-Politiker Andrea Caroni wurde als ein möglicher Bundesratskandidat gehandelt. Doch der Anwalt steht nicht zur Verfügung, wie er gestern mitteilte. «Die vielen ermunternden Anfragen haben mich geehrt und gefreut, doch steige ich nicht in dieses Bundesrats-Rennen», schreibt Caroni, der bestens weiss, was nach einer allfälligen Wahl zu erwarten wäre. Er hatte seine politische Karriere im Stab des Ausserrhoder FDP-Magistraten Hans-Rudolf Merz begonnen – worauf er in seiner Mitteilung Bezug nimmt: «Als ehemaliger persönlicher Mitarbeiter



Andrea Caroni
Ständerat (FDP/AR) Bild: KEY

eines Bundesrates weiss ich: Dieses Amt ist allumfassend.» Das Familienleben und eine solche Aufgabe kämen einander in die Quere. «Daher könnte ich nicht gleichzeitig meinen beiden kleinen Kindern (2 und 4) ein guter Vater sein und dem Land ein guter Bundesrat», schreibt Caroni.

Der Ausserrhoder stellt sich jetzt klar hinter die Top-Favoritin für den freien FDP-Sitz im Bundesrat, die 54-jährige St. Galler Ständerätin Karin Keller-Sutter. «Als Ostschweizer hoffe ich nun sehr, dass Karin Keller-Sutter kandidiert.» Denn in der Landesregierung brauche es mehr Ostschweizer, mehr Frauen und vor allem starke und kompetente Persönlichkeiten, Andrea Caroni weiter. Keller-Sutter will nach ihren Ferien über eine Kandidatur entscheiden. (ffe)

Den Kühen zuliebe berühmt

Hornkuh-Initiative Was mit einem Brief an den Bund begann, endete in einer Volksinitiative. Und machte Armin Capaul berühmt: Wie ein Bergbauer aus dem Berner Jura zum Medienstar wurde.

Yann Schlegel

Leicht gebückt sitzt Armin Capaul im orangefarbenen Sessel des Bundeshaus-Medienzentrums. Er hat eine grüne Mütze mit gelb-roten Streifen aufgesetzt. Weisser Zauselbart, weisses Zauselhaar. Der Hornkuh-Rebell im sterilen Raum der Bundeshauptstadt. «Ich habe nie davon geträumt, hier zu sitzen», sagt der 67-jährige Capaul. «Ich wollte nur den Kühen und Geis-

Abstimmung
25. November
Hornkuh-Initiative

sen eine Stimme geben.» Die Journalisten hörten den Bergbauer. Viele fuhren in den Berner Jura, besuchten Capaul im abgelegenen Valengiron, um mehr über seine Geschichte zu erfahren. «Wenn die Kühe wählen könnten, hätten sie Hörner», sagt Capaul. «Zeichnen Sie einmal eine Kuh ohne Hörner.» In der Schweiz aber werden neun von zehn Kühen enthornt.

Was mit einem Brief ans Bundesamt für Landwirtschaft begann, endete in einer Volksinitiative. Im ersten Schreiben, das er nach Bern schickte, hatte Capaul vorgeschlagen, dass behörnte Kühe mit einem Franken pro Tag subventioniert werden sollen. Doch die Verwaltung hörte nicht auf ihn. Dann liess er über zwei Politiker Motionen zu seinem Anliegen einbringen, die aber auch scheiterten. Also lancierte er eine Volksinitiative: Am 25. November stimmt die Schweiz nun darüber ab, ob Landwirte für Kühe mit Hörnern Direktzahlungen erhalten sollen.

Mit seinem Anliegen weckte Capaul schon früh das Interesse der Medien: 2015 reiste «Der Spiegel» zu Capaul und berichtete über den «Alm-Öhi», der für die Würde der Kuh kämpft. Wenige Monate später kam die Ini-



Steht im Zentrum des Medieninteresses: Hornkuh-Initiant Armin Capaul.

Bild: Anthony Anex/Keystone (Bern, 2. Oktober 2018)

tiative mit über 150 000 Unterschriften zustande. Bundesrat und Parlament sprachen sich dagegen aus. Auf einen indirekten Gegenentwurf konnte man sich nicht einigen. Einmal soll Capaul gegenüber Bundesrat Johann Schneider-Ammann gesagt haben: «Ich habe die Bevölkerung und die Medien hinter mir.» Der Wirtschaftsminister habe erwidert: «Ja, es scheint so.»

Der begabte Protagonist

Über 3800 Medienberichte seien in der Schweiz zur Hornkuh-Initiative erschienen, sagte Capaul gestern vor den Medien stolz. Das Interesse an der Initiative und dem Initianten ist noch immer

gross: Am Freitag strahlte der deutsch-französische TV-Sender Arte einen Dokumentarfilm über den Bergbauer aus. Im Zusammenhang mit der Hornkuh-Initiative erschienen zudem zwei Bücher. Und vergangene Woche referierte Capaul an einer internationalen Konferenz der Agrarjournalisten und besuchte in diesem Rahmen einen Alpabzug im Entlebuch. In Schüpfheim, so Capaul, habe keine einzige Kuh Hörner gehabt.

Weshalb seine Hornkuh-Initiative durchkommen sollte, nachdem das Volk soeben zwei Agrarinitiativen verworfen habe, fragt ihn ein Journalist im Medienzentrum. «Weil es bei mir bloss um zwei Hörner geht», sagt

Capaul. Als der Bergbauer mit der Unterschriftensammlung begann, belächelte ihn die Politik. Die Medien jedoch begannen ihn zu feiern. Capaul weiss um deren Wirkung. «Dank den Medien bin ich hier», sagt er und lächelt. Die Stimmen zu Gunsten der Kühe sind zahlreicher geworden, Capaul könnte mit seiner Initiative an der Urne tatsächlich einen Coup landen. Eher überraschend beschloss der Bauernverband Stimmfreigabe. Die SP-Delegierten sprachen am vergangenen Samstag die Ja-Parole aus. Die Bauernpartei SVP ist gespalten. Als Parteipräsident Albert Rösti im Medienzentrum auftaucht, um die Kampagne zur Selbstbestimmungsinitiative zu lancieren,

grüsst er «Armin» – wie ihn alle nennen – herzlich. «In der Arena werde ich sagen, dass die SVP keine Bauernpartei mehr ist», sagt der Bergbauer zu Rösti. Dann prophezeit Capaul selbstbewusst: «Es gibt ein 80-Prozent-Ja bei 100 Prozent Ständemehr.»

Sollte es anders kommen, würden die Kühe und Ziegen verlieren, nicht er, meint Capaul. Seine Aufgabe sei getan. Die Energie sei ihm nie ausgegangen während der ganzen Zeit. «Wenn ich müde bin, fasse ich mit der Hand ans Horn der Kuh und tanke frische Kraft», sagt Capaul. Ein druckfrischer Satz. Der Bergbauer wiederholt sich: «Es ist unglaublich, dass die Medien so mitmachen.»

Zuger CVP-Regierungsrat vorschnell entlastet

Wahlen Der Zuger Regierungsrat Beat Villiger äussert sich weiterhin nicht zum ominösen Fall um seinen Wagen, der in einer Polizeikontrolle hängen blieb. Derweil kritisiert ein Ex-Staatsanwalt die Einstellung des Verfahrens gegen Villiger.

«Wenn das kommt, kann ich grad zurücktreten.» Es sind dies die Worte eines Mannes, der viel zu verlieren hat. Es sind die Worte des Zuger Justiz- und Sicherheitsdirektors Beat Villiger (CVP), der sich am Sonntag für eine vierte Legislatur zur Wahl stellt. Am Montag machte die «Republik» publik, dass die Luzerner Staatsanwaltschaft gegen den 61-jährigen ermittelt hatte. Ihm wurde vorgeworfen, er habe sein Auto einer Bekannten ausgeliehen, die gar nicht hätte fahren dürfen. Zur Anklage kam es indes nicht, da die Luzerner Staatsanwaltschaft die Wahrscheinlichkeit eines Freispruchs höher einschätzte als eine Verurteilung.

Wenig Verständnis dafür hat der ehemalige Basler Staatsanwalt und Polizeikommandant Markus Mohler, der Akteneinsicht im Fall Villiger hatte. Er übt harsche Kritik am Vorgehen der Luzerner Justizbehörden: «Die Einstellungsverfügung halte ich

aus prozessrechtlichen und aus strafrechtlichen Gründen für nicht richtig. Die Verdachtsmomente für zwei Delikte sind derart deutlich, dass eine Anklage hätte erfolgen müssen», sagt er. Ähnliches berichten weitere Personen, die Einsicht in die Einvernahmeprotokolle hatten.

Hat Villiger versucht, den Fall zu vertuschen?

Seinen Ursprung hat der Fall am 29. Juli 2017. Damals hält die Luzerner Polizei eine Frau an, die ihren Führerausweis bereits 2009 hatte abgeben müssen. Eingelöst war das Auto auf Beat Villiger. Dieser hatte sich zwei Tage vor der Kontrolle bei der Polizei erkundigt, ob die Frau überhaupt fahren darf. Die Polizei gab ihm keine genaue Auskunft, riet ihm aber, sich den Schlüssel rasch wieder zu beschaffen. Tags darauf liess sich Villiger von der Frau schriftlich bestätigen, dass sie fahren dürfe.

Eine Lüge, wie sich später zeigte. Für die Staatsanwaltschaft ist das «enge Vertrauensverhältnis» zwischen den beiden Grund genug, um von einer Anklage abzusehen. Weil sie sich sehr gut kannten, habe er ihr glauben dürfen, dass sie einen Führerausweis besitze. Mohler widerspricht: «Das Vertrauensverhältnis reicht nicht aus, um die Sorgfaltswidrigkeit wegzudiskutieren. Die Polizei hat im Rahmen dessen, was sie aus Datenschutzgründen durfte, Herrn Villiger deutlich gemacht, dass die besagte Person nicht fahren darf.» Zudem stellt er fest: «Wäre das Vertrauensverhältnis so eng gewesen, hätte Villiger die Polizei gar nicht anfragen müssen.»

Wäre Villiger aufgrund dieses Vorfalls belangt worden, wäre der Schaden überschaubar gewesen. Kritischer für ihn ist ein zweiter Vorfall vom 18. November 2017. Erneut erwidert die Polizei die Frau mit einem Fahrzeug von Vil-

liger, wieder ohne Führerausweis. Dieses Mal versucht sie, mit einem Kaufvertrag zu beweisen, dass Villiger ihr das Auto verkauft hat. Dated ist das Dokument auf den 15. Mai, verkauft worden sei das Auto am 1. Juli, die Halter-

«Die Verdachtsmomente für zwei Delikte sind derart deutlich, dass eine Anklage hätte erfolgen müssen.»

Markus Mohler
Ehemaliger Staatsanwalt

übernahme sollte Ende August vollzogen werden. Dies bedeutet, dass Villiger das Auto bereits beim ersten Vorfall im Juli 2017 nicht mehr gehört hätte.

Doch es ist November, und noch immer ist der Regierungsrat als Halter eingetragen. Die Polizisten glauben, der Vertrag sei rückwirkend umdatiert worden, damit Villiger einer Untersuchung entgeht. Sie zeigen die Frau und ihn an – wieder, weil er ihr sein Auto überlassen hat. Hinzu kommt dieses Mal der Vorwurf der Urkundenfälschung. Mit einer superprovisorischen Verfügung untersagt Villiger der «Republik», diesen Aspekt des Verfahrens zu thematisieren. Markus Mohler glaubt, dass die Luzerner Staatsanwaltschaft auch in diesem Fall nicht hätte klein beigeben dürfen: «Mit dem Kaufvertrag sollte das Überlassen eines Fahrzeuges an eine Person ohne Führerausweis wegdisputiert werden», sagt er. Für ihn hätten

die Verdachtsmomente genügt, um Anklage zu erheben.

CVP tappt ebenfalls im Dunkeln

Während sich Villiger weiterhin in Schweigen hüllt, hat gestern die Zuger CVP Stellung zum ominösen Fall genommen. Sie bedauert, dass die Berichterstattung über Villiger «die Zuger Bevölkerung verunsichert hat». Die CVP kenne die Sachlage nicht. «Bis zum jetzigen Zeitpunkt konnte kein direkter Kontakt mit Beat Villiger stattfinden», schreibt die Partei freimütig. Ohne genaue Kenntnisse könne sie deshalb keine Stellung nehmen, heisst es in der kurzen Mitteilung. Auf Anfrage präzisierte Vizepräsidentin Monika Barmet, dass sie per E-Mail Kontakt mit Villiger hatte, für ein Gespräch habe «aus terminlichen Gründen bisher keine Möglichkeit bestanden».

Kilian Küttel, Christian Glaus